Zeitschriften-Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **74 (1982)**

Heft 1

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Zeitschriften-Rundschau

Otto Böni

Willy Brandt plädiert für mehr Grün

In einem differenzierten Beitrag im Wiener «Forum» (Nummer 335/36) analysiert Willy Brandt die in der SPD bestehenden Differenzen, die in vielem auch die Situation der SP in gewissen grösseren Agglomerationen unseres Landes widerspiegeln. Brandt ist der Meinung, dass die moderne SPD auf weltanschauliche Festlegungen verzichten und sich mit den «vorletzten Werten» begnügen soll. Er versucht dabei um Verständnis für die Randgruppen zu werben, die sich gegen einen ungesteuerten Triumphzug der Technik, die die Natur und erhaltenswerte Wohnformen zerstört, wehren. Auch zur Friedensbewegung, gegen die er zwar Vorbehalte anmeldet, steht Brandt positiv, sagt er doch: «Aber wir sollten uns nicht gegen Menschen in Stellung bringen, die letzten Endes nichts anderes wollen als wir – und was sogar in unserem Programm steht». Er sieht in den Teilnehmern der grossen Friedenskundgebung in Bonn «nicht Gegner, sondern Freunde (oder solche, die es werden können)». Er ist sich aber auch der Gefahr bewusst, dass gewisse ihm sympathische Strömungen zwar in die SPD hineinwirken können, aber die Wähler von ihr abziehen. Doch ist er nicht der Meinung, dass man jedem nachlaufen muss, der der SPD davonläuft. «Doch die Partei darf nicht austrocknen. Und wir dürfen uns niemals damit abfinden, dass einige der engagierten Jungen sich dauerhaft ausserhalb der Partei für die Ziele organisieren, die den unseren nicht widersprechen».

Alle diese Überlegungen veranlassten Willy Brandt, einige Fragen zu formulieren, zwei davon seien an dieser Stelle angeführt: «Ist es richtig, dass man sich in der Gesellschaftspolitik zu einseitig um Strukturen gekümmert hat, zu wenig um die Qualität des Lebens, die Angemessenheit von Strukturen an den Menschen, zu wenig um Vertrautheit und Geborgenheit?» ... «Trifft es zu, dass ein offenbar dauerhaftes Bedürfnis vor allem junger Menschen nach moralischer Bewertung von Dingen und nach moralischem Engagement besteht, demgegenüber wir häufig zu sachbezogen und scheinbar leidenschaftslos erscheinen, gerade auch im kommunalen Bereich?»

Willy Brandt glaubt aber, dass auch bei einer Bejahung dieser Fragen, dies zu keiner Vernachlässigung der Interessen von weiten Teilen der Arbeitnehmerschaft führen darf, denn «die unmissverständliche Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft im traditionellen Sinne schliesst doch nicht aus, dass wir jenen anderen Forderungen nach mehr Qualität des Lebens nachgehen, selbst wenn diese überwiegend aus den Reihen der ‚neuen' Schichten geäussert werden.»

Hinweise

In drei Beiträgen der Dezember-Nummer der österreichischen Gewerkschaftsschrift *«Arbeit und Wirtschaft»* (Wien) werden Probleme der Dritten Welt behandelt. Die Österreichische Ärztin Rosa Marie Ebner, welche in den letzten Jahren des öftern Lateinamerika besuchte, erzählt von ihrer letzten Reise nach Nicaragua und Mexiko, wo sie Bekanntschaft mit einem militanten Christentum machte. Mit «Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt» ist ein Aufsatz von Albert Lauterbach überschrieben. Er enthält aufschlussreiches Zahlenmaterial über diese Geissel der Menschheit, so waren nach Angaben des Internationalen Arbeitsamtes der siebziger Jahre in Asien 40%, in Afrika 45% und in Lateinamerika 34% arbeitslos oder unterbeschäftigt. Der dritte Beitrag ist ein erschütternder Bericht über Kinderarbeit in Thailand. Aufgrund der schrecklichen Armut verkaufen hier die Eltern ihre Kinder und diese werden als moderne Arbeitssklaven täglich mehr als zehn Stunden ausgebeutet. Dass es sich hier nicht um Einzelfälle handelt, belegen die vom thailändischen Arbeitsministerium publizierten Zahlen aus dem Jahre 1978, nach denen rund 990 000 Kinder zwischen 11 und 14 Jahren gezwungen sind zu arbeiten. Für das Apartheid-Regime in Südafrika sind ausländische Investitionen lebenswichtig.

Leider scheinen trotz intensiver Aufklärungskampagnen des Bundes Freier Gewerkschaften und der Sozialistischen Internationale die Investitionen im Steigen begriffen. Laut einem Beitrag in Heft 5 der in Brüssel erscheinenden *«Freien Gewerkschaftswelt»* ist die Zahl der Firmen mit Sitz im Ausland und Interessen in Südafrika in

den letzten zweieinhalb Jahren um 1153 gestiegen, es werden jetzt 3036 Firmen gezählt. 80% davon stammen aus fünf Ländern, aus Grossbritannien, den USA, der Bundesrepublik, der Schweiz und Frankreich. Mit einem Anteil von 5% ist dabei die Schweiz im Verhältnis zu ihrer Grösse recht gut vertreten. Noch deutlicher wird das Engagement der Schweiz in bezug auf Firmen mit Südafrikanischen Tochtergesellschaften. Hier verzeichnet die Schweiz mit 438% (Bundesrepublik mit 119%, Frankreich mit 74% und die USA mit 66%) den grössten Anstieg.

Als vor mehr als einem Jahr ein Krieg zwischen Iran und Irak ausbrach, waren ihm in unseren Massenmedien die Frontseiten gewidmet, das Fernsehen überflutete uns mit Schreckensbildern. Drei Monate später hatten die Medien es bereits schwer, diesem Krieg am Golf noch einen verkaufsfördernden Reiz abzugewinnen. Während es für die Betroffenen immer noch um Leben und Tod geht, ist dieser mörderische Konflikt bei uns nur noch ein Reservethema. In der Dezember-Nummer der *«Frankfurter Hefte»* untersucht Horst Pöttker unter dem Titel «Kriege in der Dritten Welt» Hintergründe und Perspektiven dieser Auseinandersetzung.

Auch nach diesem Beitrag wird der Leser über die Motive dieser blutigen Auseinandersetzung nicht exakt Bescheid wissen, aber er wird seinen Informationsstand wesentlich verbessert haben. Verschiedene Argumente, wie die Schuld der CIA, werden zwar nicht endgültig aus der Welt geschafft, aber doch relativiert. Der Aussicht auf neue Profite, die der Krieg dem Rüstungskapital eröffnet, steht die Gefährdung der westlichen Energieversorgung gegenüber. Allerdings betont der Autor, dass Kriege verheerenden Ausmasses in der Dritten Welt unmöglich wären, wenn die Industrieländer nicht in dieser oder jener Form dorthin Waffen verkauften.